

# **Umweltgruppe Wiedensahl/Schaumburg**

**Forderungen an Herrn Minister Lies und die Landesregierung:**

**Ausnahmsloses Verbot des Frackings in Niedersachsen**

*Lies im Bundesrat: „Niedersachsen steht zu Fracking“*

**Keine neuen Aufsuchungserlaubnisse**

*Das LBEG erteilt auch unter rot-grün weiter neue Erlaubnisse,  
so beispielsweise das Feld Lauenhagen für Kohleflözgas*

**Widerrufen aller diesbezüglich erteilten Aufsuchungserlaubnisse**

*Taten zählen, nicht Absichten! Zumal Kommunen nicht,  
wie vom Bundesverfassungsgericht verlangt, beteiligt wurden.*

**Schluss mit irreführenden Begriffen wie „konventionelles Fracking“**

*Damit unterwandert rot-grün den eigenen Koalitionsvertrag  
Doch Fracking bleibt Fracking, die Risiken die gleichen!*

**Keine Versuchsvorhaben in der Niedersachsen oder anderswo**

*Einzelvorhaben lassen sich keineswegs übertragen.  
Man schaue lieber endlich einmal nach den bisherigen Fracs...*

**Keine Giftbrühe in unserem Boden**

**Weder als Fracflüssigkeiten noch als „Lagerstättenwasser“**

## **Fracking – weder verantwortbar noch erforderlich**

Die Risiken lassen sich inzwischen an zahlreichen Beispielen jenseits des großen Teichs belegen. Auch die Vielzahl inzwischen erstellter Gutachten kann die Bedenken nicht beseitigen. So warnen am Ende auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen und auch das Umweltbundesamt vor den nicht absehbaren Folgen.

Eine Energieversorgung, die neben weiterhin bestehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen auch noch das Grundwasser verseucht, eine katastrophale Klimabilanz aufweist, Unmengen Schadstoffe beim offenen Abfackeln in die Luft bläst, Erdbeben verursachen kann und den Boden als Schweizer Käse unter einer Mondlandschaft zurücklässt, verfehlt jedes Maß an Nachhaltigkeit.

Von guten Erfahrungen in Niedersachsen kann hier keineswegs die Rede sein. So sind aus dem Tightgas-Fracking, dass man nun gezielt irreführend mit konventioneller Förderung gleichzusetzen versucht, durchaus kaputtgefrackte Bohrungen bekannt. Doch hinsichtlich etwaiger Umweltauswirkungen hat man in Niedersachsen noch nie von Amts wegen nachgeschaut, sondern versteckt sich lieber hinter der Floskel, es wäre „nichts bekannt geworden“.

Auch Wirtschaftlich ist Fracking ein halsbrecherisches Unterfangen. Der vermeintliche Boom in den USA äußert sich zur Zeit vor allem in negativen Bilanzen der Förderunternehmen. Wie lange werden diese Akteure noch existieren und wer hat für die von den Pleitiers hinterlassenen Sanierungsfälle wohl am Ende aufzukommen?

Das zweite UBA-Gutachten stellt für deutsche Schiefergas-Abenteuer 50.000 Bohrlöcher in Aussicht während heute nur wenige hundert Förderplätze aktiv sind. Wessen Vorgarten mag es da wohl treffen? Zumal für die große Anzahl an Bohrungen auch eine Vielzahl neuer Bohranlagen benötigt wird – Milliardeninvestitionen, die wesentlich besser in der Wende hin zu nachhaltiger Energieerzeugung aufgehoben wären statt das fossile Zeitalter künstlich zu verlängern.

**DAHER: Klares Verbot von Fracking im Bundesberggesetz!**